Stadt Frankfurt (Oder)
Stadtverordnetenversammlung

Anfrage

Vorlage-Nr:	**25/AFR/0516**
Status:	öffentlich
Einreicher/-in:	Wilko Möller, Fraktion AfD-Fraktion Frankfurt (Oder)
Datum:	17.11.2025

Hilfe für Bürger in Notlagen

Beratungsfolge:

Datum	**Gremium**
18.11.2025	Dezernentenberatung
01.12.2025	Haupt- und Ordnungsausschuss

Anfrage:

Vorbemerkung:

Der AfD-Fraktion wurde folgender Sachverhalt mitgeteilt:
Ein Bürger war selbstständig und musste infolge eines veränderten Kundenverhaltens sein Unternehmen schließen. Er war somit mittelos und konnte auch seine Wohnung in Frankfurt (Oder) nicht mehr unterhalten.

Dieser mittelose Bürger sprach beim Amt für Soziales (Bürgergeldstelle) und Jobcenter in Frankfurt (Oder) vor und bat um Hilfe. Die Bürgergeldstelle resp. Jobcenter gaben bekannt, dass sie nicht helfen können. Der Bürger falle durchs Raster, weil bei ihm zum Beispiel kein Flüchtlingsstatus als Ukrainer oder ein Status als Asylbewerber vorläge.

Ich frage den Oberbürgermeister:

Ist so ein Fall überhaupt möglich? Wie verfährt die Stadtverwaltung in Fällen, wo deutsche Staatsangehörige bei der Stadtverwaltung vorsprechen und um Hilfe bitten? Welcher Maßnahmenkatalog ist vorgesehen?
Wir bitten um mündliche und schriftliche Antwort im Hauptausschuss.

Anlagen: keine

Diese Anfrage wird:

	direkt beantwortet von	
	schriftlich beantwortet	
	zurückgezogen	

Vorsitzende/r Einreicher/-in